PRESSEMITTEILUNG

BUND Naturschutz in Bayern e.V.

BUND Naturschutz und BUND Baden-Württemberg kritisieren Blockade der Dieselnachrüstung als Skandal für Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz

Zukunftsfähige Mobilität mit weniger Auto- und LKW-Verkehr

München und Stuttgart sind bundesweit traurige Spitzenreiter bei gesundheitsschädigenden Stickoxiden. In beiden Landeshauptstädten wird seit Jahren der EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel überschritten. „Während die grün-schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg mit dem Beschluss von Fahrverboten in Stuttgart ab Anfang 2019 aufgrund der Klagen von Umweltverbänden einen wichtigen Schritt für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Feinstaub und Stickoxiden gemacht hat, blockiert dies die Bayerische Staatsregierung für München und weitere belastete Städte in Bayern“, kritisiert BN-Landesvorsitzender Richard Mergner. „Ministerpräsident Markus Söder muss sich endlich für Gesundheitsschutz und saubere Luft einsetzen und die Kumpanei mit der Autoindustrie beenden“, so Mergner. „Die Automobilhersteller müssen gemäß dem Verursacher-Prinzip zu einer Hardware-Nachrüstung auf deren Kosten von in Deutschland zugelassenen Dieselfahrzeugen der Euro 5-Norm und Euro 6-Norm verpflichtet werden“ fordert Brigitte Dahlbender, Vorsitzende des BUND Baden Württemberg.

„Die von der baden-württembergischen Landesregierung beschlossenen Fahrverbote ab Anfang 2019 für alle Dieselfahrzeuge bis Euro 4 in Stuttgart sind ein wichtiger und unverzichtbarer erster Schritt für bessere Luft. Nach langer Verzögerungs- und Hinhaltetaktik und getrieben durch die Verwaltungsgerichte setzt sich in der baden-württembergischen Landesregierung endlich die Erkenntnis durch, dass die Gesundheit der Bürger*innen wichtiger ist als die freie Fahrt für dreckige Diesel“, sagte Dahlbender.

„Mit den Fahrverboten kommt die Landesregierung ihrem seit 2010 bestehenden gesetzlichen Handlungsauftrag nach, schnellstmöglich für saubere Luft zu sorgen. Es ist aber alles andere als ein Glanzstück einer grün geführten Landesregierung: Umgesetzt wurde in den vergangenen Jahren nur das, was die Verwaltungsgerichte angeordnet hatten; es ist die Konsequenz aus jahrelangem halbherzigen Handeln was die Einschränkung des Autoverkehrs betrifft.“, so Dahlbender weiter. Nichtsdestotrotz ist eine Entwarnung in Stuttgart noch nicht in Sicht. Die Landesregierung streitet sich weiterhin vor dem Verwaltungsgericht über die Frage, ob Ende 2019 auch Fahrverbote für Euro 5-Diesel verhängt werden müssen.

Landesfachgeschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München, 07. September 2018
PM 095/18 LFG
Verkehr

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

„München braucht sofort wirksame Maßnahmen für eine saubere Luft. Das heißt vor allem auch weniger Autos. Deshalb fordern wir, ab sofort jährlich fünf Prozent der Parkplätze abzubauen und die frei werdenden Flächen für den öffentlichen Verkehr und den Radverkehr oder zusätzliche Grünflächen zu nutzen. Die Parkgebühren innerhalb des Mittleren Rings müssen zudem einheitlich innerhalb des gesamten Mittleren Rings auf die derzeit maximal mögliche Gebühr angehoben werden. Die anhaltende Gefährdung der Gesundheit durch eine zu dreckige Luft ist und bleibt ein Skandal.“ sagt Martin Hänsel, stellvertretender Geschäftsführer des BN in München.

Autoindustrie kann Fahrverbote für Euro 5-Diesel vermeiden

„Jetzt ist die Autoindustrie am Zuge. Sie hat es in der Hand, die Fahrverbote für die Bürgerinnen und Bürger weitgehend zu vermeiden. Wenn die Hersteller Hardware-Nachrüstungen für Dieselfahrzeuge verpflichtend anbieten müssen, selbst finanzieren und die Bürger*innen diese Chance nutzen, sind sie von den Fahrverboten nicht betroffen“, so Dahlbender und Mergner. Sie fordern die Autoindustrie auf, ihrer Verantwortung für saubere Luft nachzukommen und die Bundesregierung, entsprechende rechtliche Vorgaben zu setzen. „Die Betrügereien der Autoindustrie bei der Abgasreinigung der Fahrzeuge haben die Misere verursacht und setzen unsere Zukunft und unsere Gesundheit aufs Spiel. Hier sind harte Vorgaben von CSU-Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer nötig, nicht aber Samthandschuhe”, so Dahlbender und Mergner. „Der Pakt der Staatsregierung allein mit der Autoindustrie und den Autogewerkschaften ist ein Unding“, kritisiert Geilhufe. Wie beim „Strategiedialog Automobilwirtschaft in Baden Württemberg“ müssten auch bei Söders Automobilpakt Umwelt- und Verbraucherschutzverbände mit am Tisch sitzen.

Neue Mobilitätskultur mit viel weniger Autoverkehr

Mehr Mobilität und weniger Verkehr - unter diesem Motto setzen sich BUND Naturschutz und BUND Baden Württemberg seit vielen Jahren für eine nachhaltige Mobilität ein. Wenn wir tatsächlich eine umweltverträgliche und bezahlbare Mobilität auch für kommende Generationen sichern wollen, müssen wir aus der Sackgasse des "immer weiter" und "immer schneller" im Personen- und Güterverkehr herausfinden. Für eine wirklich nachhaltige Mobilität, die nicht nur Luftverschmutzung, sondern auch Klimawandel und Flächenfraß eindämmt sei ein umfassender Wandel mit viel weniger Autoverkehr nötig. „Wir brauchen eine wirkliche Mobilitätswende. Die Autolawinen, die täglich in die Zentren strömen, müssen aufgehalten werden“, so die Landesvorsitzenden. Wir müssen die Dominanz des Autos in der Gesellschaft beenden; es reicht nicht aus, immer bessere Abgasreinigungssysteme einzuführen oder den Verbrennungsmotor einfach gegen einen Elektromotor auszutauschen und alles beim Alten zu belassen.

Für Rückfragen:

Dr. Brigitte Dahlbender, Landesvorsitzende BUND Baden-Württemberg,
Tel.: 0171 / 9341336
Martin Geilhufe, BUND Naturschutz Landesbeauftragter, Tel.0172 / 7954607
Martin Hänsel, BUND Naturschutz Kreisgruppe München, Tel. 089 / 51 56 76 76

Landesfachgeschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München, 07. September 2018
PM 095/18 LFG
Verkehr

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY